

# Union blockiert Pläne zu Nebenjobs bei Politikern

*Gespräch zwischen Opposition und Rot-Grün scheiterte*

**Berlin** – Die Nebenjobs unserer Politiker – gestern scheiterte vorerst ein Gespräch zwischen Rot-Grün und der Opposition darüber, wie man die Vorschriften verschärfen kann. Die rot-grünen Pläne seien unausgegoren, wettete der künftige CDU-Generalsekretär Volker Kauder.

Union und FDP lehnen

insbesondere die geplante allgemeine Meldepflicht für Nebentätigkeiten kategorisch ab. Unverständnis bei der SPD. Ulrich Kelber zum EXPRESS: „Ich halte das Verhalten der Union für extrem fahrlässig. Es geht immerhin darum, das nach den Affären belastete Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern wieder zu

kitten. Ich kann die politische Strategie der Union nicht erkennen.“ Rot-Grün überlege nun, „Schritte ohne die Union“ einzuleiten.

Geht es nach Rot-Grün sollen Bundestagsabgeordnete verpflichtet werden, sämtliche Tätigkeiten neben ihrem Mandat einschließlich der genauen Einkommen beim Bundes-

tagspräsident zu melden. Zudem soll geprüft werden, ob die Höhe der Nebeneinkünfte künftig allgemein veröffentlicht werden kann. Für Kelber (er legt seine Einkünfte bereits auf seiner Homepage offen) unumgänglich. Werden die neuen Regeln nicht eingehalten, soll es Strafzahlungen geben.

XPL01A/1

Express 19.01.2005